

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Protokoll

55. Sitzung (nicht öffentlich)

19. Oktober 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.30 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dr. Schwericke (CDU)
(bis 10.38 Uhr: Abgeordneter Skorzak (CDU))

Stenograph/in: Theberath, Frau Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

1

hier: Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 24. Rahmenplan

Vorlage 11/3277

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie berät die Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 24. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und nimmt sie nach ergänzenden Erläuterungen zur Kenntnis, bittet jedoch um Informationen entsprechend den in der Diskussion gestellten Fragen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

Seite

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995
(Haushaltsgesetz 1995)**

10

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7500

**hier: Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie**

Vorlagen 11/3176, 11/3219, 11/3220, 11/3221, 11/3238, 11/3270

Der Ausschuß berät die einzelnen Haushaltspositionen des
Einzelplans 08.

**Nächste Sitzung: 23. November 1994 - Antrags- und Abstimmungssitzung zum
Haushalt 1995**

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

Abgeordneter Meyer (CDU) sieht das Problem darin, daß jede Stadt ähnliche Projekte beanspruchen könnte und dafür dann der Hauptanteil der Mittel für die Umstrukturierung ausgegeben würde. Dem kommunalpolitischen Druck sei manchmal zu sehr nachgegeben worden.

Abgeordneter von Unger (CDU) betont, daß seine Fraktion die Förderung nicht pauschal in Frage stelle; lediglich die Dimension solle etwas "ausgasometert" werden.

Dem auf Seite I wiedergegebenen Beschlußvorschlag des Vorsitzenden stimmt der **Ausschuß** einstimmig zu.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995
(Haushaltsgesetz 1995)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7500

hier: Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Vorlagen 11/3176, 11/3219, 11/3220, 11/3221, 11/3238, 11/3270

Der **Vorsitzende** erinnert daran, daß sich der Ausschuß darauf verständigt habe, heute sämtliche Einzelpositionen des Einzelplans 08 der Reihe nach zu beraten und in der Sitzung am 23. November 1994 über eventuell eingebrachte Änderungsanträge abzustimmen.

Vor Eintritt in die Einzelberatungen gibt **Abgeordneter Meyer (CDU)** seiner Verwunderung über den Einführungsbericht des Wirtschaftsministers - Vorlage 11/3270 - Ausdruck. Er sei allenfalls unter Berücksichtigung der Tatsache zu verstehen, daß er den Abgeordneten in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes zugeleitet worden sei.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

Wenn der Minister den Haushalt dann auch noch in Presseerklärungen mit dem Hinweis versehen habe, dies sei der "Beitrag Nordrhein-Westfalens gegen den Bonner Sozialabbau", dann könne er das nicht mehr nachvollziehen.

Die Entwicklung des Haushalts des Wirtschaftsministers sei geradezu abenteuerlich. In den letzten vier Jahren sei dieser Haushalt in der Größenordnung von 800 Millionen DM und damit um fast ein Viertel geschrumpft.

Der Minister habe erklärt, daß er auf kleine und mittlere Betriebe umsteuern und dafür 200 Millionen DM mehr ausgeben wolle. Dies sei möglicherweise unter dem Aspekt der Öffentlichkeitsarbeit vorgetragen worden. Wenn man aber die großen Einzelposten, zum Beispiel die Ausgaben für den Bavaria-Filmpark, ins Verhältnis zu den Ausgaben für kleine und mittlere Unternehmen setze, dann stehe dies nach seinem Eindruck nicht in der Relation zueinander, wie es der Minister mit seinen Aussagen suggerieren wolle.

Nordrhein-Westfalen müsse die Chance des in Gang kommenden konjunkturellen Aufschwungs nutzen, um die Umstrukturierung stärker und schneller voranzutreiben, damit die nordrhein-westfälische Wirtschaft beim nächsten Abschwung nicht wieder so stark erfaßt werde. Immerhin gehe der Auslagerungsprozeß weiter. In der Automobilzuliefererindustrie beispielsweise finde unter Kostengesichtspunkten ein außerordentlich harter Verdrängungswettbewerb statt, und es sei zu fragen, wo eigentlich die Verantwortlichkeit der politisch in diesem Land Handelnden für die Kosten liege.

Gemeinsam sollte man auch die Diskussion um Veränderungen in der Bürokratie - Stichwort: Genehmigungsverfahren - vorantreiben und diese Dinge nicht etwa wegen der konjunkturellen Entwicklung auf sich beruhen lassen.

Zu solchen Fragen hätte er in dem Einführungsbericht des Ministers mehr Aussagen erwartet. Der Minister dagegen habe nach seinem Empfinden lediglich die Gelegenheit genutzt, um die augenblickliche Befindlichkeit vor der Bundestagswahl darzustellen. Insofern habe der Bericht für die jetzige Diskussion nach der Bundestagswahl nicht besonders viel hergegeben.

Nach wie vor seien in Nordrhein-Westfalen überwiegend große Unternehmen angesiedelt, während ein Defizit bei kleinen und mittleren Unternehmen festzustellen sei. Man müsse daher stärker zum Beispiel Existenzgründungen fördern. Was man dazu im Haushalt finde, sei jedoch verschwindend gering.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

Insgesamt sei er der Meinung, daß die Akzente im Wirtschaftshaushalt falsch gesetzt seien. Wenn schon die zur Verfügung stehenden Mittel um 23 % niedriger seien als noch vor vier Jahren - wenn sie auch zugegebenermaßen im Haushalt 1995 gegenüber 1994 wieder angestiegen seien -, dann müsse man sie aber zumindest auf Maßnahmen konzentrieren, die das Land voranbringen könnten. Stärker als in der Vergangenheit müsse trotz des bevorstehenden Landtagswahlkampfes darauf geachtet werden, daß aus diesen knappen Mitteln nicht etwa Renommierprojekte, sondern ausschließlich solche Vorhaben unterstützt würden, die nachhaltig der Umstrukturierung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen.

Er habe große Bedenken, daß dies in der Durchführung des Haushalts nicht in ausreichendem Maße geschehen werde. Aus dem, was er an Einzelprojekten kenne, könne er nicht sehen, daß der Minister wirklich einen Umsteuerungsprozeß in Gang gesetzt habe. Dazu müßte der Minister schon den Gegenbeweis antreten.

Minister Einert macht deutlich, daß er völlig anderer Meinung sei und daß er alles das, was in dem Einführungsbericht stehe, auch nach der Bundestagswahl voll aufrechterhalte. Zentrales Element des Haushalts sei die regionale Strukturpolitik und die Wirtschaftsförderung, wie sie im Laufe der letzten Jahre umgesteuert worden sei, wobei es auch bleiben werde.

Wenn Abgeordneter Meyer (CDU) nur allgemein von "Renommierprojekten" rede, dann könne er damit nichts anfangen. Dazu müßten bei der folgenden Beratung der Einzelpositionen schon genaue Aussagen getroffen werden, welche Ansätze nach Ansicht der CDU falsch seien.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) räumt ein, daß der Minister "umgesteuert" habe: Wenn man als Basis für die Investitionen und Zuweisungen den Haushalt 1993 nehme, dann seien sie im Haushalt 1994 um 560 Millionen DM gekürzt worden; im Haushalt 1995 lägen sie gegenüber 1993 immer noch um 410 Millionen DM zurück. Diese Reduzierung der Zuweisungen und Investitionen könne man schon als ein "Umsteuern" ansehen.

Insofern sei es zu oberflächlich, unter Hinweis auf die Erhöhung der Investitionen und Zuweisungen im Haushaltsplanentwurf 1995 gegenüber dem Haushalt 1994 um 150 Millionen DM von einem erfolgreichen Umsteuerungsprozeß zu sprechen. Wenn man den Ansatz 1995 nicht isoliert betrachte, sondern in Beziehung zum An-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

satz 1993 setze, dann erkenne man, was unter "Umsteuerungsprozeß" zu verstehen sei, und damit werde man sich politisch auseinanderzusetzen haben.

Nach diesen allgemeinen Stellungnahmen tritt der Ausschuß in die Einzelberatung der Haushaltspositionen ein. In diesem Protokoll werden nur die Haushaltskapitel aufgeführt, zu denen sich eine Diskussion ergibt.

Kapitel 08 010 - Ministerium

Abgeordneter Meyer (CDU) vermißt sowohl beim Ministerium als auch bei den nachgeordneten Behörden die **Personaleinsparungen**, wie sie etwa unter den Stichworten "Entstaatlichung" oder "Vergabe von bisher staatlichen Aufgaben an Private" angekündigt worden seien.

Der **Minister** unterstreicht, daß, wie er dem Ausschuß bereits vorgetragen habe, bisher zwei nachgeordnete Behörden, nämlich die Bergverwaltung und das Materialprüfungsamt, gutachterlich untersucht worden seien. Daraus seien auch Konsequenzen gezogen worden, was etwa die Entscheidung über den Abbau von Personal in der Bergverwaltung angehe.

Er habe dem Kabinett vorgeschlagen - und das Kabinett sei diesem Vorschlag gefolgt -, das Staatliche Materialprüfungsamt ab Januar nächsten Jahres in eine Landesbetriebsgesellschaft und bis Ende Juni 1996 in eine GmbH überzuführen. Dies sei wegen des Personals ein nicht ganz einfacher Prozeß.

Ab Frühjahr nächsten Jahres würden die beiden anderen nachgeordneten Behörden, nämlich die Eichverwaltung und das Geologische Landesamt, sowie das Ministerium selbst überprüft. Daraus gelte es dann ebenfalls Konsequenzen zu ziehen. Es bleibe bei dem "Fahrplan", wie er ihn vorgetragen habe.

Abgeordneter Meyer (CDU) ist der Meinung, daß, wenn man die Überprüfungen vornehme und am Ende weniger Ausgaben erwarte, diese sich nicht erst im nächsten Haushaltsjahr abzeichnen würden, sondern daß man mit Blick auf diese Überprüfungen schon jetzt beispielsweise gewisse Stellenbesetzungen nicht durchführe

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

und unter Umständen auch Personal im Rahmen der Fluktuation umsetze. Insofern müßten seines Erachtens die Personalkostenansätze schon für das nächste Jahr reduziert werden können.

Minister Einert verweist auf die Bergverwaltung, bei der man entsprechende Beschlüsse gefaßt habe. Man könne jedoch nicht die Ansätze reduzieren, sondern müsse entsprechend viele kw-Vermerke ausbringen, die im Laufe der Jahre abgearbeitet werden müßten. Auch im Bereich der Angestellten und Arbeiter müßten die Tarifverträge und die Vorschriften über die Kündigungsschutzfristen eingehalten werden. Umsetzungen seien nicht möglich, da es in allen Bereichen kw-Vermerke gebe; man könne schließlich nicht jemanden von einer kw-Stelle auf eine andere umsetzen.

Leitender Ministerialrat Lang (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie) weist darauf hin, daß für den Haushalt 1995 nach einer Vorgabe des Finanzministers 2 % des Personals als Vorgriff auf die Organisationsuntersuchung 1995 abgebaut werden müßten.

Diese Vorgabe sei vom Wirtschaftsministerium umgesetzt worden: Die 2 % machten im Ministerium neun Stellen aus. Von diesen neun Stellen seien vier schon in 1994 in Abgang gestellt, also gar nicht mehr in den Haushalt 1995 übernommen worden. Fünf Stellen seien mit kw-Vermerken versehen worden, die sich im Laufe der Zeit entsprechend der altersmäßigen Entwicklung abbauen würden.

Beim Geologischen Landesamt beispielsweise seien sechs Stellen einzusparen gewesen, von denen drei sofort in Abgang gestellt worden seien und dementsprechend im Haushalt 1995 gar nicht mehr auftauchten, während bei drei Stellen kw-Vermerke ausgebracht worden seien.

Wenn er, so gibt **Abgeordneter Meyer (CDU)** zu bedenken, die Zahlen richtig zusammengestellt habe, dann habe es beim Ministerium von 1993 auf 1994 zwar einen Rückgang, von 1994 auf 1995 aber wieder einen Anstieg der Personalausgaben gegeben - und das in einer Situation, in der der Finanzminister von einer Nullrunde bei Löhnen und Gehältern und einem Personalabbau von 2 % ausgehe.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

Der Personalkostenanstieg von unter 74 Millionen DM in 1994 auf über 75 Millionen DM in 1995 beim Wirtschaftsministerium deute jedenfalls nicht auf einen Personalabbau hin.

LMR Lang (MWMT) macht deutlich, daß die Personalausgaben des Einzelplans 08 ausweislich der Tabelle auf Seite 7 unten des Haushaltsplanentwurfs von 151,3 Millionen im Jahre 1994 auf 150,6 Millionen DM im Jahre 1995 zurückgingen.

Abgeordneter Meyer (CDU) stellt klar, daß sich die von ihm genannten Zahlen speziell auf das Kapitel 08 010 - Ministerium - bezögen und die Sachausgaben beinhalteten, die ja doch in gewissem Umfang von den Personen abhängig seien.

LMR Lang (MWMT) macht darauf aufmerksam, daß von dem genannten Betrag von 75 Millionen DM rund 30 Millionen DM auf Sachausgaben entfielen und davon der größte Teil den Atombereich betreffe; außerdem seien auch programmbezogene Ausgaben darin enthalten, so daß der Gesamtbetrag nicht etwa den Schluß zulasse, im Ministerium würde besonders luxuriös mit Sachgütern umgegangen.

Der Vorjahresansatz der Personalausgaben des Ministeriums, so fügt er auf eine weitere Frage des Abgeordneten Meyer (CDU) hinzu, sei mit 38,8193 Millionen DM nahezu identisch mit dem Ansatz für 1995 in Höhe von 38,8181 Millionen DM.

Zu **Titelgruppe 80 - Errichtung und Betrieb eines automatischen Fernüberwachungssystems für Kernkraftwerke ...** - erkundigt sich **Abgeordneter Skorzak (CDU)**, wann das Brennelement-Zwischenlager Ahaus endlich an die Fernüberwachung angeschlossen werde.

Ministerialrat Wolf (MWMT) schließt an die Ausführungen im letzten Jahr an, die mit der Erwartung geendet hätten, daß man im April 1994 die Mitwirkungspflichten der Gesellschaft beim Aufbau eines solchen Systems in einem atomrechtlichen Bescheid begründen werde, daß dieser Bescheid aber nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz eine Anhörung durchlaufen müsse. In dieser Anhörung befinde man sich zur Zeit.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

In der Anhörung habe die Gesellschaft vorgebracht, daß sie die Maßnahme als solche, insbesondere auch den Umfang, nicht für angemessen halte. Diese Auseinandersetzung müsse jetzt zu Ende geführt werden. Er erwarte, daß man nicht vor Ende dieses Jahres einen rechtskräftigen Bescheid haben werde. Wenn dieser vorliege, werde unverzüglich die Beschaffung der Systemkomponenten eingeleitet.

Er denke, daß die Installation für den Probetrieb ein Jahr in Anspruch nehmen werde, so daß der endgültige Betrieb innerhalb von zwei Jahren beginnen könne. Die genannten Zahlen basierten auf Erfahrungen mit der Installation dieses Systems in anderen kerntechnischen Anlagen in Nordrhein-Westfalen.

Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes

Abgeordneter Skorzak (CDU) fragt mit Blick auf Titel 541 10 - Kosten für Präsentationsmaßnahmen im Rahmen von Messen ... - nach einem Konzept für die Internationale Tourismusbörse Berlin.

Ministerialdirigent Thomalla (MWMT) erwidert, für 1995 sei das Konzept einvernehmlich mit den Verbänden erarbeitet worden. Es ziele darauf ab, daß sich die Tourismusregionen noch stärker präsentieren könnten.

Abgeordnete Brüning (CDU) geht auf Titel 541 20 - Maßnahmen im Bereich "Frau und Wirtschaft" - ein und verbindet damit die Frage, warum das Kabinett nicht lieber die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann mit mehr finanziellen Mitteln und Kompetenzen ausstatte, um das zu bewerkstelligen, was mit diesen Mitteln aus dem Wirtschaftshaushalt versucht werde.

Sie möchte wissen, was das Wirtschaftsministerium unternehme, um Existenzgründerinnen zu unterstützen, die im allgemeinen sehr ideenreich an diese Aufgabe herangingen, denen es oftmals aber an der notwendigen finanziellen Unterstützung mangle.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

Der **Minister** führt aus, man fördere Existenzgründerinnen in vergleichbaren Fällen stärker, als es nach den üblichen Richtlinien vorgesehen sei, weil man wisse, daß es hier strukturelle Benachteiligungen gebe.

MD Thomalla (MWMT) erläutert im einzelnen, man habe auf Drängen von Frauenvertreterinnen die Bemessungsgrenzen für Investitionen bei Existenzgründungen herabgesetzt und auch die Gewährung von Krediten in diesem Bereich den von den Frauenvertreterinnen vorgebrachten Vorstellungen angeglichen. Allen Beratern habe man zur Auflage gemacht, sich der Existenzgründerinnenberatung ganz besonders zu widmen.

Minister Einert fügt hinzu, diese Maßnahmen müßten Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftsförderung sein. Er hielte es vom Ansatz her für falsch, vom Gleichstellungsministerium aus das gleiche wie der Wirtschaftsminister zu tun; dann könnte man auch von vornherein den Etat der Gleichstellungsministerin entsprechend ausstatten.

Unter Bezugnahme auf **Titel 541 21** - - Europarteneriat "Ruhrgebiet" - Kooperationsbörse - weist **Abgeordneter Meyer (CDU)** darauf hin, daß die Veranstaltung seines Wissens in diesem Jahr in Nordspanien stattfinde. Er möchte wissen, wer für diese Veranstaltung zuständig sei, ob es sich dabei um eine Regionaleinrichtung oder eine europäische Veranstaltung handele.

Dies sei, so erläutert der **Minister**, eine europäische Einrichtung, die zusammen mit den Regionen zweimal jährlich veranstaltet werde, um im Strukturwandel befindliche Regionen Europas in den Blickpunkt zu rücken. Die Veranstaltung wandere von Region zu Region.

Diesmal sei die EU-Kommission auf den Vorschlag Nordrhein-Westfalens eingegangen, das Ruhrgebiet als Veranstaltungsort zu wählen. Es handele sich dabei um eine Kooperationsbörse, auf der kleine und mittlere Unternehmen zusammenträfen, um ihre Markterfahrungen auszutauschen.

Abgeordneter Tschöeltsch (F.D.P.) erkundigt sich nach dem politischen Hintergrund für die Kürzung des Ansatzes bei **Titel 661 10** - Kredite für kleine und mitt-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

lere Unternehmen in NRW (Programm "Impulse für die Wirtschaft", Förderbaustein "Gründung und Wachstum") - um 3 Millionen DM.

Der **Wirtschaftsminister** macht darauf aufmerksam, daß es sich um ein mittelfristiges Programm handele, so daß die Barmittel im Zusammenhang mit den Verpflichtungsermächtigungen zu sehen seien. Im allgemeinen sei der Abfluß von Barmitteln nach einem Jahr begrenzt.

LMR Lang (MWMT) merkt an, wenn er die Zahlen richtig im Kopf habe, sei die Finanzplanung auf 30 Millionen DM ausgelegt.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) wiederholt seine Fragestellung nach dem politischen Hintergrund für die Kürzung.

Minister Einert macht geltend, daß man die Abstufungen natürlich in allen Bereichen vornehmen müsse. Im letzten und wahrscheinlich auch in diesem Jahr habe es eine Inanspruchnahme nicht in dem gleichen Umfang wie vorher gegeben. Man glaube deshalb, mittelfristig von 30 Millionen DM ausgehen zu sollen, aber im nächsten Jahr mit 27 Millionen DM plus 13,5 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen auszukommen.

Wenn man einerseits davon rede, so wendet **Abgeordneter Meyer (CDU)** ein, daß man im Jahr 1995 eine Umsteuerung auf die kleinen und mittleren Unternehmen vornehmen und für sie besonders viel tun wolle, andererseits aber ausgerechnet in demselben Jahr bei diesem Baustein für kleine und mittlere Unternehmen eine Senkung des Ansatzes erfolge, dann spreche diese Tatsache nach seiner Einschätzung für sich.

Diesen Titel muß man nach den Worten von **MD Thomalla (MWMT)** im Zusammenhang mit der Gesamtförderung des Mittelstandes in diesem Haushalt sehen. Es treffe zwar zu, daß aufgrund der Vorgaben des Finanzministers auch in diesem Bereich eine gewisse Kürzung stattgefunden habe; aber unter Einbeziehung der Verpflichtungsermächtigungen werde man einen Kreditplafond auflegen können, bei dem man auch aufgrund der Erfahrungen aus den letzten zwei Jahren davon aus-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

gehen könne, damit die aus der mittelständischen Wirtschaft kommenden Wünsche nach Krediten befriedigen zu können.

Im übrigen finde sich in Titel 685 31 ein Beratungsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen, das um 3 Millionen DM ausgeweitet worden sei, und zwar genau mit der Zielrichtung, den Bedürfnissen von kleinen und mittleren Unternehmen - zum Beispiel in Form von Modellversuchen - entgegenzukommen, die man über die Kredite nicht abdecken könne.

Darüber hinaus müsse man die einleitend erwähnten Europa-Programme im Blick haben.

Minister Einert sieht eine unzulässige Verkürzung der Diskussion darin, wenn man sich einen Teilbereich, in dem gekürzt worden sei, herausgreife und daraus den Schluß ziehe, die Mittel für kleine und mittlere Unternehmen seien insgesamt abgesenkt worden.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) betont, er habe lediglich nach dem politischen Hintergrund für die Ansatzkürzung bei einem bestimmten Titel gefragt. Er habe nun gehört, daß der Finanzminister darauf eingewirkt habe, und sei mit dieser Aussage zufrieden.

Die Argumentationsweise der Landesregierung sieht **Abgeordneter Meyer (CDU)** als bezeichnend an. Wenn man einen Umstrukturierungsprozeß in Gang bringen und forcieren wolle, dann reiche es nicht, davon auszugehen, daß man mit dem Geld zur Befriedigung der Kreditwünsche, die an die Landesregierung herangetragen würden, auskommen werde. Vielmehr müßte man dann Schwerpunkte setzen und offensiv an die Unternehmen herangehen, um mehr als in den Vorjahren zu erreichen. Dem liege ganz offensichtlich eine andere Grundhaltung der Landesregierung zugrunde, als sie der CDU vorschwebe.

LMR Lang (MWMT) macht geltend, daß zwar die Ansatzmittel gegenüber dem Vorjahr um 3 Millionen DM gekürzt, die Verpflichtungsermächtigungen aber um rund 7,5 Millionen DM gegenüber dem Vorjahr angehoben worden seien, so daß der Bewilligungsrahmen für dieses Programm ausgeweitet worden sei.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

Ferner dürfe man nicht den Haushaltsvermerk Nr. 2 übersehen, wonach die Ausgaben bei diesem Programm bis zu 5 Millionen DM der Einsparungen bei Titel 891 69 überschritten werden dürften. Dies räume zusätzliche Flexibilität ein, sich bedarfsgerecht zu verhalten. Bei diesem Programm sei also Spielraum nach oben enthalten, im Prinzip sogar mehr als im laufenden Haushaltsjahr - einmal ganz abgesehen von dem, was MD Thomalla zur Einbindung dieses einen Titels in das Gesamte gesagt habe.

Abgeordnete Brüning (CDU) erinnert an die im Lande durchgeführte große Aktion "Wir in Nordrhein-Westfalen". Sie möchte wissen, ob - und wenn ja: in welcher Höhe? - diese Aktion aus dem Titel 682 10 - Zuschüsse zu den Betriebskosten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH - finanziert worden sei.

LMR Lang (MWMT) macht deutlich, daß es zwei Kampagnen gebe, und zwar eine "Inlandskampagne", für die im Jahre 1995 wie im Jahre 1994 4,5 Millionen DM veranschlagt worden seien. Die "Auslandskampagne" mache 3 Millionen DM aus; sie sei in 1995 um 0,5 Millionen DM geringer veranschlagt als in 1994. Beide Kampagnen würden also im Jahre 1995 fortgeführt.

Abgeordneter Meyer (CDU) erkundigt sich, was aus Titel 683 30 - Zuschüsse für die Einrichtung und Unterhaltung einer Consulting-Gruppe zur Sicherung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen - bezahlt werde. Unter Hinweis auf frühere Diskussionen im Ausschuß über den Personalkostenanteil insbesondere einer Person fragt er, ob dieser Anteil in der Höhe noch in dieser Position enthalten sei.

Der **Minister** teilt mit, die betreffende Person sei nicht mehr dort. - Im Grunde genommen handele es sich bei diesem Ansatz um eine Vorsorge für zukünftig aufkommende Aktivitäten. Rußland bzw. die GUS seien sicher ein Markt der Zukunft; gegenwärtig aber sei es schwierig, dort sinnvolle neue Kooperationen zu beginnen.

Zur Frage des **Abgeordneten Tschoeltsch (F.D.P.)** nach dem Sinn der Verpflichtungsermächtigung von 50 000 DM bei Titel 685 12 - Förderung des Handwerks - verweist **LMR Lang (MWMT)** auf Seite 34 Ziffer 6 b) des Erläuterungsbandes Vorlage 11/3220. Das Geld werde in der Hauptsache im Jahre 1996 benö-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

tigt; aber um sich zu verpflichten, bestimmte kleinere Dinge zu übernehmen, brauche man eine solche ungewöhnlich niedrige Verpflichtungsermächtigung.

Die Frage des **Abgeordneten Meyer (CDU)** nach dem Stand der Dinge im Zusammenhang mit **Titel 821 00** - Erwerb eines Miteigentums an einem Grundstück im Interesse der Ansiedlung eines "Russischen Hauses der Geschichte und Wirtschaft" in Düsseldorf - beantwortet **Minister Einert**: Die Zielsetzung, die ursprünglich einmal im Vordergrund gestanden habe, könne unstreitig im Augenblick nicht erfüllt werden. Die Investoren, die seinerzeit interessiert gewesen seien, seien entweder nicht mehr da oder hätten kein Geld mehr.

Nun gehe es darum, möglichst für eine befristete Zeit andere Mieter in das Haus zu bekommen, um es nach einigen Jahren vielleicht doch noch für den ursprünglichen Zweck nutzen zu können.

Abgeordneter Meyer (CDU) gibt zu bedenken, daß, wie er gelesen habe, auch daran gedacht werde, die Volkshochschule Düsseldorf dort unterzubringen, was eine dauerhafte Nutzung bedeuten würde. Möglicherweise wäre es dann sinnvoller, einige Räume für eine gewisse Zeit freizuhalten. - Auf seine Anregung sagt der **Minister** zu, dem Ausschuß einen Kurzbericht über den gegenwärtigen Stand der Dinge nachzureichen.

Eine entsprechende Frage des **Abgeordneten Meyer (CDU)** zu der Berechnung der Anteile zwischen EU und Land bei **Titel 891 17** - Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms mit der EU ... - beantwortet **LMR Lang (MWMT)** dahin gehend, daß die Anteile des Landes von den seitens der EU in ihren Haushalt eingesetzten Anteilen abhängig seien.

Abgeordneter Skorzak (CDU) möchte zu **Titel 891 18** - Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms mit der EU ... Ziel-5b-Gebiete - wissen, ob auch für die Zukunft gewährleistet sei, daß das Land die Komplementärmittel zu den EU-Mitteln aufbringen könne.

Minister Einert betont, daß das Land bisher auf keinen Pfennig aus GA- oder EU-Mitteln habe verzichten müssen, weil es die Komplementärmittel etwa nicht bereit-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

gestellt hätte. Bisher seien also die Programme voll in Anspruch genommen worden. Allerdings könne niemand eine Garantie dafür übernehmen, daß dies auch in Zukunft immer so bleiben werde; dies sei eine Frage künftiger Haushalte.

Nach Ansicht des **Abgeordneten Hombach (SPD)** würde eine solche Garantie bedeuten, daß Wirtschaftspolitik demnächst nur noch in Europa stattfände.

In diesem Stadium, so erwidert **Abgeordneter Meyer (CDU)**, befinde man sich bereits: Im wesentlichen bringe das Land gerade noch die Mittel zusammen, um die Europaprogramme bedienen zu können. Insofern werde das Land - ähnlich wie früher die Gemeinden im Verhältnis zum Land - am "goldenen Zügel Europas" geführt.

Minister Einert geht davon aus, daß hier niemand dem "Gießkannenprinzip" das Wort rede und nicht das gesamte Land Nordrhein-Westfalen Förderregion sein solle, sondern daß in Schwerpunktregionen strukturpolitisch etwas geschehen müsse. Insofern könne man sagen, daß die Mittel, die das Land für seine Projekte sowieso hätte ausgeben müssen, innerhalb der Programme durch Kofinanzierung mit dem Bund bzw. mit der EU aufgebracht würden.

Europa zwinge das Land schließlich nicht dazu, allen möglichen Unfug zu finanzieren, nur um die Zuschüsse zu erhalten. Er könne belegen, daß die bisher aus diesen Programmen geförderten Projekte sinnvoll und vernünftig seien.

Abgeordneter Skorzak (CDU) weist darauf hin, daß insbesondere die Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern sehr viel Wert auf die Subsidiarität in Europa gelegt und darum gekämpft hätten, daß die Länder in ihren Handlungsmöglichkeiten nicht eingeengt würden. Er wirft die Frage auf, ob die Programme nicht zunehmend dazu führten, daß die Länder in die Handlungsweisen der EU eingebunden und ihre Spielräume verkleinert würden.

Abgeordneter Hombach (SPD) erläutert, er habe mit seiner vorhergehenden kurzen Bemerkung lediglich deutlich machen wollen, daß eine solche Garantie, wie sie **Abgeordneter Skorzak (CDU)** nachgefragt habe, exakt das wäre, womit sich das Land selbst seinen Spielraum einengen würde. Denn damit würde man der EU

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

19.10.1994

55. Sitzung

the-mj

signalisieren, daß das Land seinen Anteil unabhängig von den Beschlüssen der EU und ohne Prüfung der Frage, wie sinnhaft diese Beschlüsse für das Land seien, leisten werde.

Eine Debatte darüber sei für jemanden, der Wirtschaftspolitik betreiben wolle - und das sei ja die Aufgabe des Wirtschaftsausschusses -, von großer Bedeutung. Er glaube jedoch nicht, daß man die Diskussion an diesem Etatposten festmachen sollte. Gegebenenfalls müßte man darüber unter einem eigenen Tagesordnungspunkt diskutieren.

Minister Einert erklärt, das Land habe ein höheres Maß an Flexibilität als die vom Abgeordneten Meyer (CDU) zum Vergleich herangezogenen Kommunen. Mit der EG würden lediglich operative Programme, also Rahmenprogramme, verabredet. Innerhalb dieser operativen Programme sei das Land relativ frei, seine Entscheidungen in der ganzen Bandbreite strukturwirksamer Projekte zu treffen. Das Land habe einen großen eigenen Entscheidungsspielraum, mit welchen Projekten es die einzelnen Programme ausfüllen wolle. Insofern sei die EU, so fügt der Minister an, flexibler als selbst die Gemeinschaftsaufgabe.

Bei Titel 698 61 - Zuschüsse für die Gründung und den Erhalt von Stiftungen - erinnert Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) an die vorjährige Diskussion über Kriterien. Für 1995 sei der Ansatz von 20 Millionen DM aus dem Jahre 1994 gestrichen worden.

Er bittet um Auskunft, welche Erfahrungen mit dieser Förderung von Stiftungen gemacht worden seien und was Anlaß für die Ansatzstreichung gewesen sei.

MD Thomalla (MWMT) erläutert, es gehe hierbei um die Denkmalstiftung im Ruhrgebiet, über die weiterhin Ressortgespräche stattfänden. Die Stiftung sei noch nicht gegründet. Die Konzeption sei im wesentlichen klar; aber insbesondere über die Mitfinanzierungsanteile über die Jahre hinweg, auch über die Stiftungsanteile der privaten Mitstifter, gebe es weiterhin Gespräche, die noch nicht endgültig abgeschlossen seien.

Die aus dem "Handlungsrahmen Kohlegebiete" für diese Stiftung vorgesehenen Mittel seien in 1994 etatisiert. Er gehe davon aus, daß sie, weil sie in 1994 nicht ausgegeben worden seien, im Jahre 1995 weiterhin zur Verfügung stünden. Denn

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

der "Handlungsrahmen" sei insgesamt etatisiert, so daß die Titel auch untereinander deckungsfähig seien.

Nach seiner Einschätzung werde die Konzeption in den nächsten Wochen abgeschlossen und eine endgültige Verabredung über die Beiträge aus dem privaten Bereich getroffen. Dann würden diese Mittel eingesetzt.

Auf eine entsprechende Frage des Abgeordneten Meyer (CDU) fügt MD Thomalla (MWMT) hinzu, Hauptbeteiligter, mit dem die Landesregierung im Gespräch sei, sei nach wie vor die Ruhrkohle, die ein sehr großes Interesse am Zustandekommen der Stiftung habe. Sie habe auch konkrete Vorschläge gemacht, was sie an Grundstücken, an ersparten Abbruchkosten und an Bereitstellung von Personal einbringen wolle, das dann unter dem Dach der Stiftung die eingebrachten denkmalwürdigen Grundstücke mit den aufstehenden Bauten bearbeiten solle.

Es sei ins Auge gefaßt, auch weitere Eigentümer von Grundstücken im Ruhrgebiet in diese Stiftung aufzunehmen. Darüber gebe es aber seines Wissens noch keine konkreten Gespräche.

Die Frage des Abgeordneten Tschoeltsch (F.D.P.) nach etwaigen Folgekosten für das Land beantwortet MD Thomalla (MWMT) mit dem Hinweis, daß es Sinn der Stiftung sei, Kapital zur Verfügung zu stellen, aus dem die Folgekosten erwirtschaftet würden.

Abgeordneter Meyer (CDU) sieht in der dargelegten Konstruktion eine ihm bisher unbekannte Deutung der Einbringung von Stiftungskapital: Das Land bringe Geld in die Stiftung ein, während andere statt dessen Personalleistungen und Grundstücke mit negativem Kapitalwert einbrächten.

Er befürchte, daß man mit der Konstruktion, die Gebäude zu erhalten, die Entstehung von Neuem verhindere. Man müsse sich fragen, ob an jedem bisherigen Standort einer Zeche sämtliche Förderräder erhalten werden müßten. Hier müsse seines Erachtens in irgendeiner Weise unter Denkmalschutzgesichtspunkten sondiert werden.

Wenn man aus einer Zechenbrache neues Gewerbegebiet machen wolle, dürfe man das nicht mit soviel Auflagen versehen, daß dadurch die weitere Nutzung von vorn-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

herein in Frage gestellt werde. Am Ende werde man dort dann wieder nur subventionierte Einrichtungen hineinbekommen.

Der Arbeitskreis seiner Fraktion habe alte Zechengelände besichtigt, auf denen zum Teil zehn Jahre ungenutzte Gebäude stünden, die aus Gründen des Denkmalschutzes nicht abgerissen werden dürften. Er regt an, der Wirtschaftsminister sollte mit seinem für den Denkmalschutz zuständigen Kollegen sprechen, ob hier noch die richtigen Relationen gewahrt seien.

Angesichts der 30%igen Ansatzkürzung bei Titelgruppe 62 - Zentrum in Nordrhein-Westfalen für Innovation und Technik GmbH - ZENIT - in Mülheim an der Ruhr - stellt Abgeordneter Skorzak (CDU) die Frage, ob die Bedeutung dieser Einrichtung zurückgegangen sei und was ZENIT originär in der technischen Förderung kleiner Betriebe unternehme.

Die Bedeutung von ZENIT ist nach den Worten von Minister Einert nicht zurückgegangen. Aber die Landesregierung habe seit längerem angekündigt, daß sie sich zumindest auf ein niedrigeres Niveau der institutionellen Förderung zurückziehen werde. Schließlich handele es sich um eine Einrichtung, die in einem hohen Maße durch mittelständische Unternehmen selber getragen werden solle. Das Land habe nicht die Absicht, auf Dauer den höchsten Anteil der rein institutionellen Förderung zu übernehmen.

Abgeordneter Hombach (SPD) führt aus, der Arbeitskreis der SPD-Fraktion sei anläßlich eines Ortstermins bei ZENIT zu dem Eindruck gekommen, daß das Wirken von ZENIT durchaus erfolgreich und hilfreich sei, und zwar auch unter dem Aspekt der Förderung mittelständischer Initiativen.

Gleichwohl habe man das Anliegen der Landesregierung verstanden, eine einmal vorgenommene Startfinanzierung nicht auf Dauer als institutionelle Förderung fortzuschreiben. Man habe sich auch davon überzeugt, daß diese Kürzung die Existenz von ZENIT nicht gefährden und deren Wirken nicht einschränken, sondern hoffentlich für die Zukunft in erfreulicherweise dadurch beleben werde, daß ZENIT seine Aktivitäten hinsichtlich freifinanzierter Projekte verstärken werde.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

Zu **Titelgruppe 63** - Programm für Industrieregionen im Strukturwandel - bittet **Abgeordneter Meyer (CDU)** um eine Aufgliederung, was mit diesen Mittel im einzelnen geschehen sei.

Minister Einert sagt eine solche Aufgliederung zu und weist darauf hin, daß es sich hierbei fast ausschließlich um vom Strukturwandel betroffene Regionen handle, die aber keine Förderregionen seien, so daß man hier lediglich Landesmittel einsetzen könne.

Im Zusammenhang mit **Titelgruppe 68** - Zuschüsse zur Verbesserung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher - spricht **Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** auch die **Titelgruppen 72 und 73** an, die insgesamt die Qualifizierung, die berufliche Weiterbildung und die Verbesserung der Ausbildungschancen Jugendlicher betreffen. Er fragt nach dem politischen Hintergrund dafür, daß diese Mittel gerade in einer Zeit, in der die berufliche Qualifizierung allgemein als besonders wichtig angesehen werde, erheblich gekürzt würden.

Der **Minister** räumt ein, daß man sich einerseits aus finanzwirtschaftlichen Gründen zu Kürzungen habe durchringen müssen. Andererseits aber könne man in diesem und im nächsten Jahr durch zusätzliche Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) eine Aufstockung vornehmen. Für das nächste Jahr sei garantiert, daß die Kürzungen der reinen Landesmittel bis zum alten Ansatz mit ESF-Mitteln aufgefüllt würden. Für die Folgejahre habe man in der auch vom Finanzminister gebilligten mittelfristigen Finanzplanung wieder den alten Ansatz aus reinen Landesmitteln eingesetzt.

Abgeordnete Brüning (CDU) bedauert, daß die Mittel gerade in einer Zeit gekürzt würden, in der viele junge Menschen einen Ausbildungsplatz fänden. Wenn so oft von der "sozialen Kälte" gesprochen werde, dann sei hier eine Stelle, an der auch das Land Nordrhein-Westfalen beweisen könnte, daß es etwas zum Abbau dieses Defizits unternehme.

Sie fragt, ob es Überlegungen gebe, beispielsweise ein Sonderprogramm aufzulegen, um jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anbieten oder benachteiligte Jugendliche besonders unterstützen zu können.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

Darüber hinaus müsse man darauf achten, daß die Lehrwerkstätten technologisch so ausgerüstet seien, daß die jungen Menschen, die in diesen Lehrwerkstätten ausgebildet würden, eine Chance hätten, später auf dem Arbeitsmarkt mit einer guten Ausbildung zu bestehen. Auch dies sei ihres Erachtens eine Aufgabe des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie.

Der Minister bekräftigt, daß keine Mittelkürzung erfolge, sondern daß in der Addition aus Landesmitteln und ESF-Mitteln in dem gleichen Umfang wie in den letzten Jahren Fördermittel zur Verfügung stünden. Man dürfe also nicht die Landesmittel allein betrachten, sondern müsse auch die Auffütterung aus ESF-Mitteln berücksichtigen.

Wenn stets die Vorteile des dualen Systems gelobt würden, dann dürfe man nicht einfach darüber hinweggehen, daß die Wirtschaft vom vorigen zu diesem Jahr 14 % der bisher angebotenen Ausbildungsplätze gestrichen habe. Er stellt die Frage, ob etwa das Land als "Ausfallbürge" eintreten solle, wenn die Wirtschaft ihre Aufgabe nach dem dualen System nicht erfülle.

Er appelliere an die Unternehmen, Ausbildungsplätze anzubieten. Nur dann könne das duale System auf die Dauer funktionieren. Andernfalls werde die generelle Frage nach der Funktionstüchtigkeit des dualen Systems aufzuwerfen sein.

Das Land entziehe sich nicht der Verantwortung, auch überbetriebliche Ausbildungsstätten zu übernehmen. Das sei im vorigen Jahr geschehen und werde auch in diesem Jahr so sein. Aber praxisorientierte betriebliche Ausbildung sei innerhalb des dualen Systems eine Aufgabe der Wirtschaft. Er stelle jedoch fest - und darüber werde zu gegebener Zeit zu diskutieren sein -, daß zunehmend dieser Teil von praxisorientierter Ausbildung im dualen System von der Wirtschaft auf den Staat verlagert werde.

Nach Ansicht des Abgeordneten Meyer (CDU) muß im Wirtschaftsausschuß irgendwann die Diskussion darüber aufgenommen werden, ob die Gewichtungen zwischen den Bildungspolitikern und dem, was die Wirtschaft über Berufsausbildung im dualen System denke, noch stimmten. Man müsse sich fragen, ob es angesichts allgemeiner Verkürzung der Arbeitszeiten und Zunahme der Urlaubszeiten noch zeitgemäß sei, den schulischen Ausbildungsteil mit immer mehr Anforderungen - von Religion bis Sport - zu befrachten. Insbesondere beim Handwerk

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

19.10.1994

55. Sitzung

the-mj

und bei den kleinen Betrieben drohten sich Fehlentwicklungen einzuschleichen, die man im Auge behalten müsse.

Er habe in den letzten Wochen gehört, daß Handwerksbetriebe verstärkt dazu übergingen, Volljährige zur Ausbildung einzustellen, weil sie nicht mehr schulpflichtig seien. Wenn solche Betriebe sich der Mühe unterzögen, ihre Auszubildenden - nur, um sie von der Berufsschule fernzuhalten - auch noch im theoretischen Teil zu unterweisen, damit sie hinterher die Prüfung bestünden, dann sei das schon Anlaß genug, sich über die Motive dieses Handelns Gedanken zu machen.

Er weist sodann darauf hin, daß es im Arbeitsamtsbezirk Hamm das größte Mißverhältnis im Lande zwischen der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und angebotenen Ausbildungsplätzen gebe. Im unmittelbar angrenzenden Arbeitsamtsbezirk Ahlen dagegen sei ein Verhältnis der freien Ausbildungsplätze zu gesuchten Ausbildungsplätzen von 11 : 1 festzustellen.

Auf der Ausbildungsplatzkonferenz habe die IHK dazu mitgeteilt, daß die jungen Leute nicht einmal bereit seien, die wenigen Kilometer von Kamen nach Bergkamen in Kauf zu nehmen, um zu ihrem Ausbildungsplatz zu fahren. Er gibt zu bedenken, ob man dieses Thema nicht einmal ganz offensiv angehen müsse und ob es Sinn mache, mit Landesmitteln überbetriebliche Ausbildungsstätten zu fördern, wenn bei den Firmen im Umkreis von 15 bis 20 Kilometern Ausbildungsplätze frei seien.

Von der Zeit her sei es beispielsweise viel weniger aufwendig, von Hamm-Heessen nach Ennigerloh als durch die Innenstadt nach Bockum-Hövel zu fahren, um dort vielleicht ein auf der Zeche Radbod mit erheblichen finanziellen Mitteln unterhaltenes überbetriebliches Ausbildungszentrum zu besuchen. Möglicherweise wären Mobilitätsprämien in einem solchen Fall sinnvoller, als überbetriebliche Ausbildungsstätten zu finanzieren, wobei die jungen Leute auch noch vor der Gefahr stünden, an der zweiten Schwelle nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen zu werden.

Minister Einert macht deutlich, daß es insoweit keine Meinungsverschiedenheiten gebe. Deshalb habe er sich auch stets gegen ein landesweites Sonderprogramm ausgesprochen. Zum einen habe das Land kein Geld, und zum anderen sei das auch vom Ansatz her problematisch. Man müsse die Wirtschaft mobilisieren, in den betroffenen Regionen Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, wobei man fairerweise dazusagen müsse, daß schon einiges geschehe. Vor allem die Hand-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

werksorganisationen und die Klein- und Mittelbetriebe, aber auch die Industrie hätten sich aufgerafft, in den Problemregionen einiges zu tun.

Wenn am Ende in den Regionen einige übrigblieben, die trotz aller Bemühungen keinen Ausbildungsplatz gefunden hätten, dann sei er gern bereit, sich dafür einzusetzen, daß sie in den ohnehin vorhandenen Sonderausbildungsgruppen untergebracht werden könnten.

An ein landesweites oder auch nur ein begrenztes Sonderprogramm denke er jedoch nicht. Denn damit fördere man nur den Attentismus derjenigen, die sich aus der Ausbildung zurückzögen und abwarteten, bis Staatsgeld zur Verfügung gestellt werde. Hier sei zunächst das duale System gefragt, von dem er hoffe, daß es funktionieren werde. Die Ansätze seien jedenfalls ganz gut.

Ausbildungskapazität, so betont der Minister, gebe es landesweit ausreichend. Insofern bestehe überhaupt kein Bedarf zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten. Dementsprechend sei auch kein Sonderprogramm vonnöten.

Abgeordneter Skorzak (CDU) ist der Meinung, daß die Wirtschaft ihre Aufgabe im dualen System erfülle. Die Frage sei, ob die Berufsausbildung nicht etwas zu theoretisch und damit für Sonderschul-, aber auch Hauptschulabgänger zu schwierig geworden sei.

Dieser theoretische Anspruch, so sei ihm von der Leiterin der Abteilung Berufsausbildung bei einem Arbeitsamt mitgeteilt worden, werde sogar noch erhöht, um Realschulabgängern und Schülern mit Fachhochschulreife einen Anreiz für eine Berufsausbildung zu geben. - Möglicherweise stimme also das Verhältnis von praxisorientierter Ausbildung und theoretischen Ansprüchen nicht mehr.

Das Hauptproblem ist nach den Worten des Ministers in diesem Jahr nicht so sehr die Unterbringung der sogenannten "Schwachen". Durch die von der Arbeitsverwaltung angebotenen zahlreichen Maßnahmen - zum Beispiel Grundausbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr - werde dieser Teilbereich, mit dem man sich in den letzten Jahren überwiegend habe auseinandersetzen müssen, jetzt weitgehend gelöst.

Zunehmend problematisch werde der Bereich derjenigen mit Fachoberschulreife, Fachhochschulreife bzw. allgemeiner Hochschulreife, weil vor allem auch die Industrie ihr Ausbildungsplatzangebot an der Personalplanung ausrichte, die wieder-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

um häufig davon ausgehe, daß die Zahl der Arbeitsplätze weiter zurückgehen werde.

Die Situation sei sehr unterschiedlich. Bayer Leverkusen beispielsweise erhalte für jeden angebotenen Ausbildungsplatz zehn bis zwölf Bewerbungen, weil die Ausbildung hervorragend sei. Dagegen bemühe sich ein Handwerker möglicherweise seit Jahren vergeblich um einen Auszubildenden. Im westlichen Münsterland und in anderen Regionen gebe es erfreulicherweise im Durchschnitt pro Bewerber zweieinhalb angebotene Ausbildungsplätze. Dagegen bemühten sich in den Industrieregionen und vor allem in den Arbeitsamtsbezirken Hamm, Dortmund, Gelsenkirchen, Duisburg, aber auch in Iserlohn, statistisch gesehen, drei Bewerber um einen angebotenen Ausbildungsplatz.

Er stimme dem Abgeordneten Meyer (CDU) zu, daß man in dem von ihm angeführten Beispiel aus Hamm den Betreffenden auch einmal klarmachen müsse, daß es zumutbar sei, zehn oder fünfzehn Kilometer zu den dort vorhandenen Ausbildungsplätzen zu pendeln. Deswegen sei er auch gegen ein Sonderprogramm.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) stimmt dem Minister darin zu, daß die Wirtschaft ihren Beitrag innerhalb des dualen Systems leisten müsse. Dennoch verstehe er die Politik des Wirtschaftsministers in einem Punkt nicht: In Titelgruppe 68 seien beim Titel "Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen" in diesem Jahr und in 1995 je 4 Millionen DM eingesetzt sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 40 Millionen DM ausgebracht.

Diese Relation lasse nach seinem Verständnis den Schluß zu, daß die Regierung in den nächsten Jahren ihre Aktivitäten gerade in diesem Bereich erheblich ausweiten wolle. Er verstehe nicht, daß die Mittel im nächsten Jahr gekürzt würden und danach offensichtlich wieder deutlich erhöht werden sollten.

LMR Lang (MWMT) weist zunächst darauf hin, daß ausweislich der Haushaltsvermerke die Verpflichtungsermächtigung von 40 Millionen DM nicht allein für den genannten Titel, sondern für die gesamte Titelgruppe 68 gelte.

Die Aufgliederung auf Seite 109 des Haushaltsplanentwurfs ergebe für Berufsförderlehrgänge, Schülerbetriebspraktika und Sonderausbildungsstätten einen Betrag von 42,3 Millionen DM für 1995, dem im Jahre 1994 rund 40 Millionen DM gegenüberüberstunden, so daß de facto keine Kürzung erfolge.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

Auf Seite 109 seien dann die Ansatzmittel von 25,73 Millionen DM aufgeführt, die sich mit den auf Seite 108 ausgewiesenen Haushaltsmitteln deckten. Hinzu kämen 16,77 Millionen DM Reste aus EG-Mitteln, wodurch sich die zu finanzierende Summe von 42,6 Millionen DM ergebe. Daraus gehe hervor, daß der Einsatz der Haushaltsmittel 1995 gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr nicht gekürzt werde, sondern in den einzelnen Sparten sogar eine leichte Tendenz nach oben zeige.

Abgeordneter Kollorz (CDU) regt an, sich in einer kommenden Sitzung einmal mit dem Thema "benachteiligte Jugendliche" zu beschäftigen. Während man früher körperlich oder geistig oder auch doppelt Benachteiligte darunter verstanden habe, sei heutzutage eine andere Gruppe damit gemeint.

Er bittet darum, den Ausschußmitgliedern eine Aufschlüsselung des erwähnten Rückgriffs auf das ESF-Programm, der zum Ausgleich der Kürzung führe, zukommen zu lassen. - Der **Minister** sagt zu, dieser Bitte zu entsprechen, und macht deutlich, daß er den Begriff "Benachteiligte" für ungeeignet halte; denn zunehmend seien es ausländische Jugendliche, die man im Blick auf ihr vermutetes Verbleiben in Deutschland jahrelang aufgefordert habe, sich um eine vergleichbare Ausbildung zu bemühen, und die nun bei der Bewerbung um Ausbildungsplätze häufig das Nachsehen hätten.

Abgeordneter Meyer (CDU) warnt davor, die Bedeutung des Problems zu unterschätzen. Wie er höre, befänden sich allein in der Stadt Hamm etwa 800 bis 1 200 Jugendliche in einer "Warteschleife", zum Beispiel in der Berufsschule, während Handwerksbetriebe in der Region die von ihnen angebotenen Ausbildungsplätze nicht besetzen könnten.

Nach seiner Auffassung sollte man ernsthaft den Versuch unternehmen, mit Unterstützung durch das Land eine Art "Schulbus" morgens und abends beispielsweise von Hamm nach Ennigerloh einzusetzen. Man dürfe in dieser Situation nicht tatenlos zusehen, sondern müsse den jungen Leuten einen Anreiz bieten und auch einen gewissen Druck auf sie ausüben, auch einen zehn oder fünfzehn Kilometer entfernten Ausbildungsplatz anzunehmen. Ansonsten werde man für die absehbare Zukunft keine Chance haben, dieses Problem zu lösen.

Im übrigen wäre eine solche Regelung wahrscheinlich immer noch billiger, als überbetriebliche Ausbildungsplätze zu finanzieren, für deren Absolventen unter Umständen anschließend an der "zweiten Schwelle" niemand eine Verwendung habe.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

Der **Minister** erwidert, über eine derartige Anschubmaßnahme in bestimmten Regionen, in denen der ÖPNV nicht entsprechend ausgebaut sei, könnte man sich möglicherweise verständigen. Er sei aber dagegen, grundsätzlich solche Transporte für Auszubildende zu organisieren, weil man das dann nicht nur auf eine Region begrenzen könnte.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) verweist auf Seite 80 des Erläuterungsbandes Vorlage 11/3220. Ausweislich der dortigen Erläuterungen würden nur knapp 5 Millionen DM für Berufsförderlehrgänge, Schülerbetriebspraktika, Sonderausbildungsstätten usw. im Jahre 1995 ausgegeben, während 20 800 000 DM zur Abdeckung von im Jahr 1994 in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen dienten.

Insofern stünden nach seinem Verständnis in 1995 gar nicht die im Haushalt auf Seite 108 ausgewiesenen 25,7 Millionen DM zur Verbesserung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher zur Verfügung. Er fragt nach, was denn nun tatsächlich für 1995 ausgegeben werde.

LMR Lang (MWM) macht deutlich, daß, wie auf Seite 108 des Haushaltsplanentwurfs dargestellt, 25,7 Millionen DM Landesmittel eingeplant seien. Hinzu kämen 16,7 Millionen DM EG-Mittel. Dazu verweise der Haushaltsvermerk Nr. 5 auf den Einnahmetitel 286 20, bei dem die Einnahmen aus ESF-Mitteln mit 5 Millionen DM als feststehender Betrag veranschlagt seien.

Der dort ausgebrachte Haushaltsvermerk besage, daß bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei diesem Einnahmetitel Mehrausgaben bei Titelgruppe 68 geleistet werden dürften. Die erwarteten Mehreinnahmen rechtfertigten es, auf Seite 109 des Haushaltsplanentwurfs 16,7 Millionen DM einzusetzen.

Die Veranschlagung sei auch in den Vorjahren in entsprechender Weise erfolgt. Die Mittel würden von der EG aufgrund von Anforderungen des Wirtschaftsministeriums erstattet.

Zu **Titelgruppe 69** - Finanzierungshilfen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Landesaufgabe) - erkundigt sich **Abgeordneter Skorzak (CDU)**, in welchem Maße diese Mittel solchen Räumen zugute kämen, die nicht von der EU und nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert würden.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

MD Thomalla (MWMT) betont, daß ausweislich der den Ausschußmitgliedern zugeleiteten Übersicht über die Abgrenzung der Fördergebiete der Landesaufgabe grundsätzlich keine Mittel in solche Regionen fließen, die durch die EG-Programme bzw. die Gemeinschaftsaufgabe abgedeckt würden.

Abgeordneter Meyer (CDU) erinnert bei **Titelgruppe 94 - Regionalstellen "Frau und Beruf"** - an eine frühere Aussage des Ministers, die Finanzierung dieser Regionalstellen auslaufen zu lassen, wohingegen sie in einigen Bereichen jetzt wieder verlängert worden sei.

Minister Einert erläutert, die Finanzierung der Regionalstellen "Frau und Beruf" aus dem Haushalt des Wirtschaftsministers habe dazu dienen sollen, diese Stellen in Zusammenarbeit mit kommunaler Wirtschaftsförderung - Kammern usw. - zu fördern; diesen Ansatz halte er nach wie vor für richtig.

Allerdings könne dies nur ein Vorübergang sein. Da einige Regionalstellen mit erheblichen Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätten, habe man ihnen die Möglichkeit gegeben, diese bis Ende 1996 zu überwinden. Rechtzeitig zum Haushaltsjahr 1996 müsse dann jedoch entschieden werden - und diese Auffassung habe auch das Kabinett gebilligt -, ob die Regionalstellen generell fortgeführt würden.

Das könne aber nicht mehr mit dem bisherigen Ansatz aus Mitteln des Wirtschaftsministers geschehen; vielmehr müsse dann die Zuständigkeit auch bei der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann angesiedelt werden. Die Erfahrungen hätten gezeigt, daß sich der ursprüngliche Ansatz, sie als eine Art besonderer regionaler Wirtschaftsförderung zu betreiben, in dieser Form nicht realisieren lassen.

Die Regionalstellen hätten unbestreitbar ihre Bedeutung, was die Gleichstellungspolitik betreffe, die ohne jeden Zweifel betrieben werden müsse. Man müsse sich dann aber rechtzeitig aus dem gleichstellungspolitischen Ansatz heraus auch über die Finanzierung unterhalten. Die Mittel im Haushaltsplan des Wirtschaftsministers liefen in diesem Zeitraum aus.

Angesichts dieser Aussage irritiere ihn die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen, wendet **Abgeordneter Meyer (CDU)** ein, die ein Mehrfaches des Haushaltsansatzes für das nächste Haushaltsjahr ausmache.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

LMR Lang (MWMT) macht darauf aufmerksam, daß die Regionalstellen zu unterschiedlichen Zeiten eingerichtet worden seien und unterschiedliche Laufzeiten hätten. Die Verpflichtungsermächtigungen seien dafür gedacht, den Stellen, deren Laufzeit bisher noch nicht verlängert worden sei, diese Verlängerung zuzugestehen. Der Betrag sei regionalstellenscharf ausgerechnet.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) erkundigt sich, was im Rahmen der Titelgruppe 96 - Programm zur Förderung des Tourismus und zu seiner umwelt- und sozialverträglichen Weiterentwicklung in Nordrhein-Westfalen - an Maßnahmen zur sozialverträglichen Weiterentwicklung des Tourismus geplant sei.

MD Thomalla (MWMT), der darauf hinweist, daß diese Formulierung auf einen Beschluß des Wirtschaftsausschusses zurückzuführen sei, erklärt, damit sei gemeint, daß in Regionen, die ganz besonders attraktiv seien und in denen ein dementsprechend hoher Publikumsverkehr herrsche, die Maßnahmen des Tourismus mit den Bedürfnissen der Bevölkerung verträglich gestaltet werden sollten.

Abgeordneter Skorzak (CDU) begrüßt, daß der Minister, wie man seinen Ausführungen auf Landesveranstaltungen entnehmen könne, jetzt offenbar die Bedeutung des Tourismus erkannt habe. Er fragt, wie sich damit die Kürzung des Haushaltsansatzes vereinbaren lasse.

MD Thomalla (MWMT) macht geltend, daß man diese Kürzung im Zusammenhang des Gesamthaushalts sehen müsse. Es sei möglich, auch aus der mit rund 50 Millionen DM veranschlagten Landesaufgabe - Titelgruppe 69 - Tourismusvorhaben sowohl in der Form von Übernachtungsbetrieben als auch in Form von Infrastrukturmaßnahmen zu fördern. Dieser Bereich sei ganz neu eröffnet worden.

Ein weiterer Bereich seien die EU-Programme, sofern die betreffenden Regionen daran partizipieren könnten. Von den darin vorgesehenen Tourismusfördermaßnahmen machten zum Beispiel der Niederrhein, Ostwestfalen und die Eifel Gebrauch. Seitdem der Minister dies auf dem Tourismustag verkündet habe, stelle man eine große Resonanz für diese Programme aus den in Betracht kommenden Regionen fest, die nicht unbedingt auf den spezifischen Tourismustitel zurückgriffen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

Kapitel 08 040 - Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen

Abgeordneter Meyer (CDU) geht auf die Erläuterungen zu **Titel 697 61 - Zuschüsse für Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen** - ein und bittet um Auskunft, was in diesem Zusammenhang die Förderung "sonstiger Maßnahmen" zur Unterstützung des Strukturwandels in den betroffenen Stahlregionen bedeute.

MR Dr.-Ing. Schwarz (MWMIT) erwidert, es handele sich bei diesem Titel um mit dem Stahlsonderprogramm zusammenhängende Maßnahmen. Die nachgefragte, etwas offene Formulierung sei wahrscheinlich gewählt worden, weil man zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushalts noch nicht genau gewußt habe, was die Unternehmen einreichen würden. - **Minister Einert** bietet an, den Ausschuß über die Projekte im einzelnen zu informieren, sobald das laufende Notifizierungsverfahren abgeschlossen sei.

Zu **Titelgruppe 73 - Technologieprogramm NRW, Programmbereich "Technologieprogramm Bergbau"** - gibt der **Vorsitzende** dem Ausschuß Kenntnis von einem an ihn gerichteten Schreiben des Vorsitzenden des Grubensicherheitsausschusses. Danach sehe der Ausschuß für Grubensicherheit in der geplanten weiteren Kürzung der Mittel für das Technologieprogramm Bergbau eine ernste Gefahr für die Aufrechterhaltung der notwendigen Kontinuität von Forschung und Entwicklung im Bereich der Grubensicherheit und des Gesundheitsschutzes im Bergbau. Insbesondere würde die Forschungskapazität der DMT-Gesellschaft für Forschung und Prüfung, der rund 85 % der Mittel des TPW zufließen, über die Jahre hinaus für notwendige neue Projekte praktisch ungenutzt bleiben. Der Grubensicherheitsausschuß sei deshalb der Meinung, daß die geplanten Mittelkürzungen nicht vollzogen werden dürften.

Der **Minister** verweist auf sein den Sprechern der Fraktionen zugeleitetes Antwortschreiben, aus dem hervorgehe, daß die Bedenken hinsichtlich der Forschungs-, Entwicklungs- und Fördermaßnahmen bezüglich des Gesundheits- und Umweltschutzes unbegründet seien. Alle diese Projekte könnten gefördert werden.

Eine gewisse Kürzung gebe es im Bereich der vorgehaltenen Forschungs- und Entwicklungstätigkeit. Aber auch hier sei die Regierung bereit, im Rahmen der Mög-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
55. Sitzung

19.10.1994
the-mj

lichkeiten Projektfinanzierung zu betreiben, damit die Einrichtung allmählich in den Stand versetzt werde, Drittmittel einzuwerben und nicht nur auf reine Staatsfinanzierung angewiesen zu sein.

Kapitel 08 060 - Programm "Rationelle Energienutzung" (REN-Programm)

Abgeordneter Skorzak (CDU) erkundigt sich, wann der Erlaß für die Zinsverbiligung und die direkten Zuschüsse bei der Windkraft zu erwarten sei. - Der Minister teilt mit, daß die Arbeit im Ministerium erledigt sei. Der Erlaß liege jetzt dem Landesrechnungshof und dem Finanzminister zur Abstimmung vor; wenn beide zustimmten, könne der Erlaß umgehend veröffentlicht werden.

Der Vorsitzende stellt fest, daß sich zu den weiteren Positionen des Haushalts keine Wortmeldungen mehr ergeben, und schließt damit die Sitzung.

gez. Dr. Schwericke
Vorsitzender

gez. Skorzak
amt. Vorsitzender

21.11.1994/23.11.1994
190